Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Dienstag, den 15. Februar 1887. Nr. 75.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 14. Februar. 11 Uhr 20 Minuten.

Am Ministertische: v. Puttkamer.

Das Präsidium wird beauftragt, dem königlichen Hause die Glückwünsche der Mitglieder anläßlich des jüngsten freudigen Ereignisses in der Familie des Prinzen Wilhelm darzubringen.

Am Dienstag soll vor der Plenar-Sitzung die Kommission für die zu erwartenden kirchenpolitischen Gesetze gewählt werden.

Das Haus beginnt hierauf die Berathung über die Kreisordnung für die Rheinprovinz und die Einführung der Provinzialordnung in dieser Provinz.

Herr Adams empfiehlt als Referent der für diese Vorlagen ernannten Kommission die unveränderte Annahme der Entwürfe in der von der Kommission beschlossenen Fassung und befürwortet die Annahme folgender Resolution:

die Regierung zu ersuchen, die Anstellungs- und Pensionsverhältnisse der in der Rheinprovinz fungirenden besoldeten Beamten der Landgemeinden möglichst bald im Wege der Gesetzgebung zu regeln.

In der beide Gesetzentwürfe umfassenden Generaldiskussion vertritt zunächst

Fürst zu Wied den vom Provinziallandtage der Rheinprovinz eingenommenen Standpunkt, daß eine Besserung der Verhältnisse leichter auf dem Wege einer Reform, als auf dem einer völligen Neuschöpfung herbeizuführen wäre. Besonderes Gewicht legt Redner auf die Beibehaltung der Virilstimmen der Standesherren, welche die Vorlage beseitigen will, und hofft daß eine künftige Revision dieser Verwaltungsgesetze den Standesherren die ihnen jetzt genommenen Rechte in vollem Maße wiedergeben werde.

Herr Bredt sieht den Hauptvorzug der Neugestaltung in der Einführung der Interessengruppenvertretung gegenüber der veralteten städtischen Verfassung.

Die General-Diskussion wird hierauf geschlossen.

§ 4 der Kreisordnung gewährt Städten mit mindestens 40,000 Seelen das Recht, einen eigenen Stadtkreis zu bilden.

Ein von Herrn Brüning gestellter Antrag, dieses Recht schon Städten mit nur 30,000 Seelen zu gewähren, wird in namentlicher Abstimmung mit 78 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Eine längere Debatte entwickelt sich bei § 27, der von der Aufbringung der Pensionszahlungen seitens der Landbürgermeistereien und Landgemeinden handelt und endlich unveränderte Annahme findet; der Rest der Kreisordnung wird auf Antrag des Herrn v. Kleist-Retzow en bloc mit der dazu gestellten Resolution angenommen.

Hierauf genehmigt das Haus debattelos die Einführung der Provinzialordnung in der Rheinprovinz und vertagt sich dann auf Dienstag 12 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über die Leistungen der Kommunen für Volksschulen; kleinere Vorlagen.

Schluß $2^1/_2$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 14. Januar. Der Bundesrath wird heute eine Plenarsitzung halten. Die Gegenstände der Tagesordnung betreffen zumeist unerhebliche Angelegenheiten, Vorlagen für Elsaß-Lothringen u. dgl. m. Die Anberaumung einer gewissermaßen außerordentlichen Sitzung des Bundesraths dürfte, so schreibt man der „Nat.-Ztg.", namentlich mit Rücksicht auf den Umstand, daß Arbeiten von Wichtigkeit nicht vorliegen, die Annahme unterstützen, daß die Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes" über Stettin und Umgegend in Frage steht. Man wird nicht irren, wenn man annimmt, daß dieser Gegenstand den Bundesrath schon heute beschäftigt.

— Dem Herrenhause ist folgender Gesetzentwurf betreffend die Heranziehung der Fabriken u. s. w. mit Präzipual-Leistungen für den Wegebau in der Provinz Sachsen zugegangen.

§ 1. Wird ein öffentlicher Weg in Folge der Anlegung oder des Betriebes von Fabriken, Bergwerken, Steinbrüchen, Ziegeleien oder ähnlichen Unternehmungen in erheblicher Weise dauernd abgenutzt, so kann auf Antrag Derjenigen, deren Unterhaltungslast durch solche Unternehmungen vermehrt wird, dem Unternehmer nach Verhältniß dieser Mehrbelastung, wenn und insoweit dieselbe nicht durch die Erhebung von Chausseegeld gedeckt wird, ein angemessener Beitrag zu der Unterhaltung des betreffenden Weges auferlegt werden.

§ 2. Der Staat, die Provinz und die Kreise sind zur Stellung derartiger Anträge nicht befugt.

§ 3. Ueber die Anträge entscheidet in Ermangelung gütlicher Vereinbarung auf Klage der Wegebaupflichtigen der Kreisausschuß, in Stadtkreisen und in Städten mit mehr als 10,000 Einwohnern der Bezirksausschuß.

— Es liegt, wie der „Nat.-Ztg." geschrieben wird, in der Absicht der Reichsregierung, in der bevorstehenden Session des Reichstages den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Reichsanwälte womöglich zum Abschluß zu bringen. Der Justizausschuß des Bundesrathes hat sich lange und sehr eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Man hat dabei die Verhandlungen und Beschlüsse der Interessentenkreise eingehend geprüft und vielfach berücksichtigt und danach schon wesentliche Veränderungen vorgenommen. Jetzt sind Abänderungen noch im weiteren Sinne geplant, und es ist nicht unmöglich, daß das Plenum des Bundesrathes sich für dieselben erklärt; die Abstimmung dort wird erst Ende dieses Monats erfolgen.

— Der „Progrès militaire", Organ des französischen Kriegsministeriums, kommt auf die angebliche Schwäche des zunächst der Ostgrenze liegenden 6. Korps zurück und schlägt eine Verschiebung der Bezirke des 2. (Amiens), 3. (Rouen), 4. (Le Mans), 5. (Orleans) und 6. (Chalons sour Marne) vor, so zwar, daß künftighin drei Korps senkrecht zur Ostgrenze ständen, anstatt des jetzigen länglichen Streifens, in welchem sich das 6. Korps gegen dieselbe legt. Die Reserven und Territorialen von Seine und Seine-et-Oise müßten gleichzeitig mehr östlich gelegenen Ergänzungsbezirken zugewiesen werden. Man hätte alsdann eine im Lager von Chalons und 2 in Paris, abgesehen von den Jägern und Festungs-Bataillonen.

— Nach der „Eisenztg." wurden auf dem Kummersdorfer Schießplatz mit neuen Sprengmitteln und Sprenggeschossen gegen ein ganz ähnlich den französischen Sperrforts gebautes Fort Schießversuche gemacht und dasselbe in 48 Stunden dadurch gänzlich zerstört.

— Die „N.-Z." erhält von ihrem Korrespondenten aus Paris Folgendes:

Die hiesigen Journale theilen mit, in Deutschland werde eine Karte verbreitet, angefertigt von einem ehemaligen würtembergischen Major, welche die angebliche Stärke der französischen Garnisonen verzeichne. Hiernach habe Paris eine Garnison von 120,000 Mann, während zwischen Paris und der deutschen Grenze nicht weniger als 414,950 Mann angesammelt seien.

Die erwähnte Karte, welche unter der Bezeichnung: „Truppen und Festungen der Franzosen zwischen Paris und der deutschen Grenze, entworfen von E. von Tröltsch", nach den besten, meist amtlichen Angaben, im Kommissionsverlage der königlichen Hofbuchdruckerei zu Stuttgart erschienen ist, liegt uns vor. Auf dieser Karte sind jedoch keineswegs die gegenwärtigen Garnisonen auf Grund der Friedenspräsenzstärke verzeichnet, sondern die im Kriegsfalle aufzustellenden Streitkräfte, so daß, wie es in der Erläuterung ausdrücklich heißt, „nur die Linien- und Landwehr-Truppen des nordöstlichen Theils von Frankreich auf dem Kriegsfuße", eingezeichnet in Summe von etwa 600,000 Mann in Betracht kommen, während unter anderen der Landsturm, die Truppen, welche in den anderen Dreivierteln des Landes stehen u. s. w. zunächst ausscheiden. Die von dem Verfasser der Karte benutzten Quellen sind zumeist französische, wie „Repartition et emplacement des troups de l'armée française", „Annuaire de l'armée française", „Journal militaire officiel". Daß z. B. Paris augenblicklich keine Garnison in Höhe von 120,000 Mann hat, ist in Deutschland ebenso wohl bekannt wie in Frankreich.

— Herr von Eynern hat in einer Rede zu Volmarstein a. d. Ruhr, wie der „Post" von dort geschrieben wird, folgende Mittheilung über eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck gemacht:

„Noch vor 8 Tagen habe ich mit dem Fürsten Bismarck gesprochen und ihn gefragt, wie es mit Krieg und Frieden stehe. „Das wissen Sie gerade so gut wie ich," habe der Reichskanzler geantwortet, „wir leben im Frieden, aber sehen Sie auf die Vorbereitungen Frankreichs, auf die Barackenbauten, auf Boulanger, auf das seit 16 Jahren ertönende Geschrei der Patriotenliga und dann werden Sie wissen, ob und was wir von Frankreich zu fürchten haben.

— Die jüngsten Mittheilungen aus Rom

Feuilleton.

„Die Pläne des Generals Boulanger"

lautet der Eingang folgender Korrespondenz, die dem Londoner „Globe" von einem seiner näheren Freunde zugegangen ist, der seine Mittheilungen aus dem Munde eines hervorragenden französischen Offiziers hat:

„Die Leute mögen sagen, was sie wollen: General Boulanger ist ein großer Mann. Es ist wahr, im Felde hat er sich nicht mehr hervorgethan, als hundert andere Offiziere, die ich nennen könnte und die ihm, vom lediglich militärischen Gesichtspunkte aus betrachtet, gleichstehen, wenn nicht überlegen sind. Warum ist nun grade er so volksthümlich? Ich will es Ihnen sagen. Er hat das Selbstgefühl des Heeres erhöht. Bis vor wenig Monaten pflegten wir französischen Offiziere, wenn wir nicht im Dienst waren, unsere Person und unseren Stand unter bürgerlicher Tracht zu bergen. Jetzt steht unsere Uniform in höherer Geltung, als in der Zeit vor Sedan. Auch hat General Boulanger viele alte Käuze aus dem aktiven Dienste entfernt. Seit seinem Amtsantritt herrscht in dem Heere ein steter Beförderungsfluß und er wird jetzt von all' den jungen und glühenden Geistern getragen, die die Hoffnung Frankreichs sind. Selbst das Volk ist mit ihm. Kein Ministerium, keine Deputirtenkammer, kein Präsident wären ihres Daseins 24 Stunden sicher, wenn irgend Jemand von ihnen sich herausnähme, ihn seiner Stellung zu entheben. Sehen Sie sich unsere Zeitungen an. Viele von denselben haben noch unlängst verdeckte Angriffe gegen ihn losgelassen. Aber sie begannen ihre Abonnenten zu verlieren und änderten demgemäß ihr Verhalten. Seine Verkleinerer sind durch das bloße Gewicht der öffentlichen Meinung zu seinen Verehrern geworden. Braucht der General einen Krieg? Nein und Ja. Jetzt braucht er keinen Krieg. Ob er ihn jetzt wünscht, hängt von dem Ausfall der gegenwärtig in Chalons mit einem neuen Mehrlader vorgenommenen Schießversuche ab.

Ich komme grade von Chalons, wo ich mich gründlich mit der Handhabung der Waffe vertraut gemacht habe. Es ist ein vortreffliches Gewehr, welches unseren Soldaten eine furchtbare Ueberlegenheit in einem Zusammentreffen mit den Deutschen verleihen wird. (!?) Seine Konstruktion darf ich Ihnen nicht verrathen, eben so wenig das Geheimniß der Zusammensetzung des Sprengstoffes, welcher an die Stelle des gewöhnlichen Schießpulvers tritt. (!?) Doch kann ich die Vortheile darlegen, die wir aus dem Gebrauch dieser neuen Waffe ziehen werden. Zuerst also ist der Sprengstoff von langsamer und allmäliger Verbrennung; er verleiht der Kugel staunenswerthe Kraft und Fluggeschwindigkeit, und bei flacher Flugbahn erreichen wir eine Schußweite von 1900 Meter. Das größte Verdienst der Erfindung aber liegt in der Thatsache, daß die Entladung verhältnißmäßig geräuschlos vor sich geht und daß das Gesichtefeld des Schützen durch keinerlei Rauch verschleiert wird. Das ist an und für sich von der höchsten Bedeutung. Unsere Schützen werden nicht nur einen klaren Ueberblick über das Schlachtfeld haben, sondern ihre eigenen Stellungen werden, bei theilweiser Deckung, dem Feinde ein Geheimniß bleiben, und der Umstand, daß sie schon vom gegnerischen Feuer weniger zu leiden haben werden, wird die Zielsicherheit unserer Leute vermehren. Das Kaliber des neuen Gewehres ist nur acht Millimeter, und die Munition ist so leicht, daß, genau gewogen, unsere Soldaten zwei mal so viel Patronen bei sich zu tragen im Stande sein werden, als jetzt. Wir können dann auf die Mitführung der vielen Munitionswagen verzichten, die bislang ein großes Hemniß bildeten. (!)

Wenn sie mich fragen, ob wir kriegsbereit sind, so muß ich darauf frank und frei mit Ja antworten. So lange Frankreich besteht, ist es niemals besser gerüstet gewesen als jetzt. Deß ungeachtet zögern wir den Kampf zu beginnen. Wir brauchen noch Zeit. Wir müssen noch mehr Vortheile über Deutschland erlangen. Jeder Tag des Friedens ist für uns ein reiner Gewinn. General Boulanger hegt keine Besorgniß. Aber er ist sich darüber klar, daß, um die Unterstützung der Nation zu erringen, er — und wir — um jeden Preis die erste Schlacht gewinnen müssen. Eine Niederlage gleich Anfangs würde die Befürchtungen des unwissenden Volkes von Neuem anfachen, würde vielleicht eine völlige Revolution hervorrufen und ganz sicher den Sturz des Generals Boulanger herbeiführen. Wir Franzosen zerbrechen unsere Götzen, wenn sie in der Stunde der Gefahr uns im Stich lassen. General Boulanger kennt die Vortheile seiner gegenwärtigen Stellung und die Gefahren, die seiner im Falle eines Mißerfolges harren. Daher seine großen und sorglichen Vorbereitungen. Jetzt macht er sich bereit zum Handeln und sammelt an Ort und Stelle, wo der Bedarf hervortreten wird, eine solche Masse von Kriegsmaterial, eine solche Anzahl von Geschützen, Pferden und Mannschaften, daß er im Stande ist, die Deutschen unverzüglich zu überraschen und sie mit überwältigenden Kräften in der ersten Schlacht zu zerschmettern. Diese erste Schlacht müssen wir um gleichviel welchen Preis an Menschenleben gewinnen, und wenn wir zwei für eines dahingeben müssen, so werden wir zwei für eines dahingeben. Wir werden jeden Nerv anspannen, den ersten Sieg davonzutragen.

Es überrascht Sie, zu finden, daß wir so wohl organisirt sind. Nun, wir haben eben viel von unserem Sieger gelernt. Und General Boulanger, was immer seine Talente sein mögen, ist ein Mann, der es versteht, sich der Talente anderer Leute zu bedienen. Sein Privatsekretär, Oberst Jung, ist der Mann, der in Wahrheit Alles plant. Der General giebt als Kriegsminister die erforderlichen „Befehle", Oberst Jung erläßt die „Anweisungen". Er ist ein Elsässer und spricht deutsch, wie ein Deutscher. Er hat mehrere Jahre in Deutschland mit allen möglichen Studien zugebracht und hat einen Feldzugsplan bereit, dessen Kühnheit die Deutschen vollständig verblüffen wird. Werden wir in Elsaß-Lothringen einfallen und unseren Brüdern die Schrecken des Krieges bringen? Ja, wir müssen, wir können nicht umhin. Einmal auf dem geheiligten Boden unserer verlorenen Provinzen stehend, wird das Herz Frankreichs mit der Armee schlagen."

Der „Globe"-Korrespondent bemerkt noch, daß sein Gewährsmann ihm mit den Streitkräften, die Deutschland einer französischen Armee gegenüber zur unmittelbaren Verfügung habe, gründlich vertraut schien und spricht seine Schlußmeinung dahin aus, daß, wenn die französische Manneszucht den Stoß, welchen sie in Mobilisirungstagen gewöhnlich zu erleiden pflegt, übersteht, es nicht geleugnet werden könne, daß General Boulanger mit einiger Hoffnung auf Erfolg in den Kampf ziehen dürfe, „der keinen langen Aufschub mehr erdulden kann, wenn Deutschland nicht ganz und gar blind ist gegenüber der Gefahr, die ihm von Tag zu Tage näher rückt."

gestatten den Schluß, daß die jüngste Ministerkrisis in der That ihren Abschluß darin finden wird, daß Depretis mit der Neubildung des Kabinets betraut wird, in welchem auch Graf Robilant als Minister des Aeußern verbleiben würde. Wie die „Opinione" meldet, konferirte der König am Freitag Vormittag mit dem Grafen Robilant. Das Blatt fügte hinzu, Depretis betrachte das Verbleiben Robilant's als Minister des Auswärtigen als nothwendig. Gutem Vernehmen nach hat der König dann gestern Vormittag Depretis beauftragt, im Einvernehmen mit dem Grafen Robilant ein neues Kabinet zu bilden.

— Aus Kairo meldet das „Reuter'sche Bureau" von gestern:

Dem Vernehmen nach handelt es sich bei den jüngsten Vorschlägen Drummond Wolff's nicht um die Aufhebung, sondern lediglich um Umgestaltung der Kapitulationen, indem die Befugnisse der gemischten Gerichtshöfe erweitert werden und eine Körperschaft gebildet wird, unter deren Mitwirkung neue Gesetze vereinbart werden könnten, welche für die gemischten Gerichtshöfe verbindlich wären, ohne der Zustimmung aller betheiligten Staaten zu bedürfen. Der Vorschlag, wonach in Kriegszeiten gestattet sein sollte, Egypten mit Truppen zu durchziehen, begegnet lebhaftem Widerstand, besonders in französischen Kreisen.

Straßburg i. E., 13. Februar. Vor etwa acht Tagen lief die Nachricht durch die Zeitungen, es stehe für Elsaß-Lothringen die Verhängung des Kriegszustandes bevor. Diese Nachricht entbehrt keineswegs des thatsächlichen Hintergrundes, was zunächst wenigstens die Festungen Straßburg und Metz betrifft. Die Militär-Behörde hat die Anschauung, daß eine erneute Wahl der Protestler Kablé und Antoine als Beweis der Unzuverlässigkeit der Einwohnerschaft und als eine Kundgebung franzosenfreundlicher Gesinnung anzusehen sein würde. Angesichts einer nicht abzuleugnenden Aufregung in gewissen Kreisen der Bevölkerung liegt die Gefahr vor, daß beim Eintreten ernsterer Ereignisse die Unzuverlässigkeit und französische Gesinnung noch anderweit zum Ausdruck kommen würden. Das kann unter keinen Umständen geduldet, vielmehr muß diese Gefahr im Keime erstickt werden. Eine der ersten Pflichten jedes Befehlshabers eines festen Platzes ist die, bei drohender Kriegsgefahr schon bei guter Zeit die strengsten Maßregeln zu treffen, daß, wenn der schlimmste Fall eintritt, Ruhe und Ordnung innerhalb des ihm anvertrauten Ortes keine Störung erleiden können. Die Verhängung des Kriegszustandes giebt ihm die Mittel hierzu in die Hände; es unterliegt keinem Zweifel, daß dieselbe hier sofort erfolgen würde, wenn die Militär-Behörde durch den Ausfall der Reichstagswahl zur Ueberzeugung von der Unzuverlässigkeit und französischen Gesinnung der Mehrheit der Einwohnerschaft kommen sollte. Der Kriegszustand ist nicht zu verwechseln mit dem im Vergleiche mit ihm so außerordentlich milden sogenannten kleinen Belagerungszustand, der sich nur gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie richtet, und hat auch nichts zu schaffen mit dem § 10 unserer Verfassung, dem sogenannten Diktatur-Paragraphen. Die Verhängung des Kriegszustandes ist eine strenge, militärische Maßregel, welche zunächst den Uebergang aller Gewalten von der Zivil- auf die Militär-Behörde zur Folge hat. Die letztere würde in erster Linie Bedacht darauf nehmen müssen, alle unruhigen und zweifelhaften Elemente unschädlich zu machen, sei es durch umfangreiche Ausweisungen, oder durch Internirungen, oder direktes hinter Schloß und Riegel Setzen. Es erscheint überflüssig, die weiteren Maßregeln aufzuzählen, welche der Befehlshaber einer Festung im Kriegszustand zu ergreifen das Recht hat. Die älteren Einwohner von Straßburg und Metz kennen das aus eigener Erfahrung. Mit derselben frivolen Leichtfertigkeit, mit welcher ein Theil der einheimischen Blätter, besonders gilt das von den klerikalen Zeitungen, nicht minder wie die Mehrheit der reichsländischen früheren Reichstags-Abgeordneten nach freisinnigen und ultramontanen deutschen Mustern alle Kriegsgerüchte als zu Gunsten des Septennats in Scene gesetzte Wahlmanöver bezeichnen, ist auch die erste Nachricht von der Möglichkeit der Verhängung des Kriegszustandes über unser Land als ein solches bezeichnet worden. Möge den beiden Städten Straßburg und Metz die schlimme Erfahrung erspart bleiben, daß es sich, was die Verhängung des Kriegszustandes anlangt, nicht um eine leere Drohung, sondern um den bittersten Ernst handelt. In der elften Stunde tritt ein Kandidat gegen den bisherigen Vertreter unserer Stadt im Reichstage, den Franzosen Kablé, auf. Es ist dies Dr. Petri, einer der jüngsten, aber dabei der weitaus vielbeschäftigtsten unserer Rechtsanwälte. Herr Petri gehört einer alten hoch angesehenen elsässischen Familie aus dem Hanau-Lichtenbergischen an. Er ist Mitglied des Landes-Ausschusses, des Bezirkstages und des Gemeinderathes, außerdem in den Vorständen einer Reihe von wohlthätigen protestantischen Anstalten. Mit ausgezeichneter Pflichttreue und enormer Arbeitskraft ausgestattet, steht Herr Petri außer seinem großen Anwaltsbureau all seinen vielen Ehrenämtern mit Aufopferung vor. Daß er in diesem außerordentlich kritischen Moment, wo in Wahrheit Wohl und Wehe seiner Vaterstadt von dem Ausfall der Reichstagswahl abhängen, mit seiner Person eintritt, darf und wird ihm nie vergessen werden. Hoffentlich bleibt der Erfolg nicht aus. Für den Landkreis Straßburg gewinnt die Kandidatur des früheren Bezirks-Präsidenten und jetzigen Bürgermeisters Back an Aussicht.

Ausland.

Wien, 13. Februar. Gerüchtweise verlautet, Sektionschef Steinbach werde demnächst österreichischer Justizminister, Prazak bleibe nur Minister ohne Portefeuille; die Bestätigung ist abzuwarten.

Rom, 14. Februar. Von General Gené eingesandte detaillirte Berichte aus Massowah vom 29. v. M. über die Ereignisse am 25. v. M. bestätigen, daß sich am genannten Tage Vormittags 5000—6000 Abessinier in den Thälern und der Umgebung von Saati zeigten:

Der Kommandant von Saati, Major Boretti, habe eine halbe Kompagnie nebst Baschi-Bozuks unter dem Lieutenant Cuomo entsandt, um die Abessinier in ihrer Bewegung zu hindern, sie zu umgehen und zu zwingen, den Kampf unter dem Fort aufzunehmen. Im Kampfe sei Lieutenant Cuomo verwundet worden. Die Abessinier mit zahlreicher Kavallerie hätten sich, durch das Terrain begünstigt, bis auf 300 Meter dem Fort genähert und lebhaft angegriffen; die Italiener hätten tapferen Widerstand geleistet und ein weiteres Vorrücken verhindert. Gegen 4 Uhr Nachmittags hätten die Abessinier sich zurückgezogen und gegen $4^1/_2$ Uhr hätte sich der Rückzug zur Flucht gestaltet, die von den Italienern mit Hurrahrufen begrüßt worden sei. Der Verlust der Abessinier sei ein ziemlich beträchtlicher, während der Verlust der Italiener, die Baschi-Bozuks mit inbegriffen, sich auf fünf Todte und fünf Verwundete belaufe. Die Kommandanten hätten den militärischen Geist der Truppen belobt. Ein weiterer Bericht des Generals Gené meldet: Da der Kommandant von Saati Vorräthe verlangt, seien solche am 20. v. M. dahin entsandt worden und dieser Expedition sei eine Bedeckung von 3 Kompagnien mit einer Mitrailleusen-Sektion unter dem Befehle des Oberstlieutenant Christoforis beigegeben worden. Zwischen $8^1/_2$ und $9^1/_2$ Uhr habe Felucci an den Kommandanten von Monkullo zwei Billette gesandt, in denen er anzeigte, daß er von einer großen abessinischen Streitmacht bei Dogali angegriffen worden sei. Der Kommandant von Monkullo entsandte alsbald eine Kompagnie dorthin. Diese habe aber nur noch die bereits erfolgte Katastrophe konstatiren können und darüber gemeldet, daß die italienischen Offiziere und Soldaten in Reih und Glied, ohne sich vom Flecke zu rühren, gefallen seien. Sie hätten 5 Stunden lang Widerstand geleistet, ihren gesammten Munitionsvorrath verbraucht und seien endlich der Uebermacht erlegen. 90 Verwundete konnten sich retten. Die Abessinier, welche auf 20,000 Mann angegeben werden, hätten große Verluste erlitten. Wegen der geringen disponiblen Streitkräfte und der isolirten Stellung der Detachements habe General Gené die Einschiffung der Detachements von Saati und Wua Arafali angeordnet. Das Detachement von Saati kehrte nach einem glänzenden Nachtmarsche nach Monkullo zurück.

Paris, 11. Februar. Es ist unrichtig, was einige Blätter meldeten, daß General Boulanger befohlen habe, die militärischen Vorbereitungen an gewissen Orten langsamer zu betreiben, an anderen ganz einzustellen. General Boulanger läßt die von ihm vorgeschlagenen, von der Kammer gutgeheißenen Maßregeln in vollem Maße ausführen. Der einzige streitige Punkt ist der für dieses Jahr beabsichtigte Mobilmachungsversuch für einige Armeekorps, der vielleicht verschoben werden wird, da er Schwierigkeiten für das Budget verursachen würde. Doch ist noch nicht endgültig darüber entschieden.

Paris, 11. Februar. Louis Napoleon Berthier, Fürst von Wagram, ist im Alter von 77 Jahren heute Nacht gestorben. Derselbe war der Enkel des berühmten Marschalls Napoleon I.; er war Pair von Frankreich und unter dem Kaiserreich Senator. Durch seine Mutter, Prinzessin Marie Elisabeth von Baiern (Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld), war der Verstorbene mit der herzoglichen Linie von Baiern und in Folge dessen mit dem österreichischen Kaiserhause und dem neapolitanischen Königspaar sehr nahe verwandt.

Madrid, 10. Februar. In der Sitzung des Senats am Mittwoch richtete General Salamanca an den Kriegsminister die Bitte, Details mitzutheilen über die in Aussicht genommene Küstenvertheidigung, speziell über die Errichtung von Arsenalen, mit Berücksichtigung des möglichen Ausbruchs eines europäischen Krieges. Der Minister lehnte die Beantwortung dieser Anfrage ab. Uebrigens haben nach dem, was bekannt geworden ist, die Befestigungsarbeiten bereits begonnen; binnen Kurzem werden Geschütze nach den kanarischen Inseln, nach den Balearen, nach Ceuta und Melilla (befestigter Platz an der Nordküste Marokkos, etwa 30 Meilen von der Grenze Algiers, in spanischem Besitz) geschickt werden. Das Kriegsmaterial an diesen Orten wird ohne Ueberschreitung der gewöhnlichen Kredite vermehrt werden. Außerordentliche Kredite sollen nur für die Befestigung der Balearen und für Schiffsbauten, im Interesse der Gewährleistung der Neutralität Spaniens, verlangt werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. Februar. Nimmt ein Dieb von der Ausführung des Einbruchsdiebstahls, nachdem er in den Raum, woselbst er den Diebstahl ausführen will, eingebrochen war, ohne Weiteres Abstand, so ist er nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Straffenats, vom 29. Oktober v. J., zwar nicht wegen des Diebstahlsversuchs, wohl aber wegen der durch den Einbruch bewirkten Sachbeschädigung zu bestrafen.

— Gestern Nachmittag wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Albrechtstraße 1 gerufen, woselbst in einem zur Tischlerwerkstatt gehörigen Keller die Spähne in Brand gerathen waren. Die Feuerwehr war ca. 1 Stunde thätig.

— Das Benefiz-Konzert für Herrn Musik-Dir. Jancovius findet nicht Freitag, sondern bereits Donnerstag, den 17. d. statt.

— In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts kam zunächst unter Ausschluß der Oeffentlichkeit eine Anklage wegen Nothzucht wider die Arbeiter Michael Uttig aus Rottkowa und Aug. Bohl aus Roseggen zur Verhandlung. Da sowohl die Angeklagten wie die Zeugen nur der polnischen Sprache mächtig waren, mußte die Verhandlung mit Hülfe eines Dolmetschers geführt werden. Durch das Verdikt der Geschworenen wurden beide Angeklagte für schuldig befunden und sie zu je 3 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurtheilt.

Eine weitere Anklage wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge war wider den Knecht Ludwig Karl Stockhaus aus Prilipp gerichtet. Am Sonntag, 12. Dezember v. Js., fand im Kruge zu Stöven ein Tanzvergnügen statt, an welchem auch der Angeklagte Theil nahm; schon während des Tanzes entstand unter einigen Theilnehmern ein Streit, welchem jedoch Stockhaus fern blieb. Als sich Letzterer nach Hause begeben wollte, wurde er von dem Arbeiter Christ. Reek aus Prilipp bedroht. St. nahm sofort einen faustgroßen Feldstein und warf denselben gegen den Kopf des R., so daß Letzterer taumelte. Demnächst zog St. sein Messer, versetzte dem R. zunächst einen Stich in den Kopf und schlug sodann noch wiederholt mit dem zugeklappten Messer auf R. ein, bis dieser liegen blieb. R. wurde am nächsten Tage nach Stettin in die Kranken-Anstalt Bethanien geschafft, wo er in Folge eines Schädelbruches am 18. Dezember verstarb. Nach dem Gutachten der Sachverständigen war der Schädelbruch eine Folge der von St. erhaltenen Mißhandlungen und zwar eine Folge des ersten Steinwurfs. Von Seiten der Vertheidigung wurde heute dahin plaidirt, daß sich St., als er den Steinwurf abgab, in der Nothwehr befunden habe, und die Geschworenen schlossen sich auch dieser Ansicht an, denn sie gaben ihr Verdikt dahin ab, daß der Angeklagte der Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge nicht schuldig, dagegen der schweren körperlichen Mißhandlung schuldig sei. Der Gerichtshof erkannte demgemäß auf 2 Jahre Gefängniß.

Wähler Stettins!

Der Vorstand des Wahlvereins der deutschfreisinnigen Partei in Stettin veröffentlicht einen Wahlaufruf, in welchem er **zugesteht**, daß „Liberale und Konservative, Freihändler und Schutzzöllner, Zünftler und Anhänger der Gewerbefreiheit", kurz, Mitglieder **aller** hier vertretenen Parteien, von unserem bisherigen Reichstagsabgeordneten Herrn Max Brömel unter keinen Umständen weiter etwas wissen wollen!

Trotz dieser von dem Vorstande des Wahlvereins der deutschfreisinnigen Partei eingestandenen großen und allgemeinen Unzufriedenheit mit Herrn Brömel versucht der genannte Vorstand es dennoch wieder, die Wähler Stettins dieses Herrn zu ködern, indem er sich plötzlich auf den Standpunkt stellt, als sei der ganze Unterschied zwischen Herrn Brömel, welcher die Militärvorlage nur auf drei Jahre bewilligen will, und seinen hiesigen Gegnern, welche im Interesse unseres Vaterlandes die unveränderte Annahme der von der Regierung auf sieben Jahre geforderten Militärvorlage auf's Dringendste wünschen, nur ein ganz geringer — gar nicht der Rede werth — überhaupt keine Prinzipien-, sondern nur eine „Opportunitätsfrage".

Mitbürger! Wähler! Wir wissen freilich nicht, ob es wahr ist, daß, wie man erzählt und wie es nach diesem Aufrufe nicht unwahrscheinlich erscheint, Herr Brömel nicht so sehr durch eine prinzipielle Gegnerschaft gegen das Septennat, als wie durch Parteiterrorismus zu seiner Abstimmung gekommen sei. Was wir aber wissen, ist, daß wir **unmöglich** einen Vertreter im Reichstage brauchen können, welcher in einer Frage, in welcher es sich lediglich um den Schutz des deutschen Reiches handelt, sei es aus Prinzipienfragen, sei es aus Parteirücksichten, die zur Vertheidigung des Vaterlandes nöthigen Mittel **nicht voll und ganz**, sondern nur zu drei Siebentel zu bewilligen über's Herz bringt!

Es ist nur natürlich, daß im Reichstage die inneren Gegensätze der Parteien aufeinander stoßen und sich bekämpfen. In dieser Frage aber, wo wir äußere Gegner haben, halten wir es für Pflicht, allen inneren Zwiespalt zu meiden und **wie Ein Mann an die Seite unseres** in seiner Wehrkraft nicht mehr unbedrohten **Vaterlandes zu treten!**

Aus diesem Grunde haben zahlreiche Anhänger aller Parteien, Liberale und Konservative, Freihändler und Schutzzöllner, Anhänger der Gewerbefreiheit und der Innungen, unter Beiseitestellung alles dessen, was sie auch sonst trennen mag, Euch die Kandidatur des

Herrn Justizrath Leistikow

empfohlen.

Wähler Stettins! An **Euch** ist es nun, Euren Patriotismus auch **eurerseits** zu bethätigen und in der Wahlschlacht wie **Ein** Mann für denselben einzutreten! Lasset **Euch** nicht durch Verdächtigungen der Gegner beirren, welche gerne Mißtrauen gegen den ihnen äußerst unbequemen Kandidaten ausstreuen möchten und welche damit sich doch nur selbst richten! Denn gerade die Gegner haben **selbst** bei früheren Stadtverordnetenwahlen den Herrn Justizrath Leistikow nicht warm genug empfehlen können, und wenn sie ihn jetzt als einen nicht mehr liberalen und freihändlerischen Mann zu verunglimpfen suchen, so schlagen sie damit nicht nur der Wahrheit, sondern auch sich selbst in's Gesicht!

Eingesandt.

In der Nr. 37 des „General-Anzeigers" vom gestrigen Tage finde ich in dem Aufruf an die liberalen Wähler Stettins, betreffend die Wiederwahl des Herrn Max Brömel, meinen Namen unter den Unterschriften ohne mein Befragen und Einverständniß aufgeführt. Alle Gäste, mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen, sind mir in meinem Lokal „Stettiner Landhaus" herzlich willkommen. Vor Allem kann ich jedoch nie meine Einwilligung dazu geben, daß mein Name in von mir grundsätzlich vermiedenen Aufrufen jeder Richtung ohne meine Einwilligung benutzt wird.

Stettin, den 14. Februar 1887.

Ergebenst
Suhr, Restaurateur,
Jageteuffelstr. 2.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Benefiz für Herrn Deluggi. „Martha." Oper in 4 Akten.

Mittwoch. Stadttheater: Erstes Gastspiel der königl. preuß. Hofschauspielerin Frl. Johanna Schwartz vom Schauspielhause zu Berlin. „Die Jungfrau von Orleans."

Vermischte Nachrichten.

— (Der Weg zum Himmelreich.) Als dem Grafen Schafgotsch durch den Tod seines Oheims die Herrschaft Schlackenwerth zugefallen war mit der Bedingung, daß er zur katholischen Religion übertrete, benachrichtigte er Friedrich den Großen von seinem Entschluß, die Erbschaft anzutreten und suchte seinen Religionswechsel zu entschuldigen. Der König erwiederte ihm: „Viele Wege führen zum Himmelreich; Euer Liebden haben den über Schlackenwerth eingeschlagen. Ich wünsche glückliche Reise."

— (Falsch verstanden.) Eine Wiener Familie wird durch den plötzlichen und und langwierigen Besuch eines Verwandten aus der Provinz auf das Unliebsamste überrascht. Nachdem der Verwandte schon eine Woche lang dagewesen ist und keine Miene macht, wieder seine Frau und seine sieben Kinder in der Provinz mit seiner Gegenwart zu beglücken, giebt ihm der höfliche Hausherr folgenden Wink: „Lieber Vetter, Ihre Familie wird Sie schmerzlich vermissen, Sie sollten sie nicht so lange allein lassen!" — „Meiner Six!" antwortete der Landbewohner, „recht haben S', Herr Vetter, i schreib glei, daß mei Alte mit die Kinder a herkummt!"

— (Ein inhaltreiches Schreiben.) Eine junge Frau schrieb an ihren abwesenden Mann folgenden Brief: „Ich schreibe Dir, weil ich nichts zu thun habe, und schließe meinen Brief, weil ich nichts zu schreiben habe."

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Posen, 14. Februar. Justizrath Pilet, im Jahre 1848 ein bekanntes Mitglied der preußischen Nationalversammlung, ist hier, 75 Jahre alt, gestorben.

Würzburg, 14. Februar. Hans v. Bülow's Mitwirkung in einem Konzert der königlichen Musikschule wurde von der Regierung untersagt wegen der befürchteten Demonstrationen.

Straßburg i. E., 14. Februar. Die „Landeszeitung für Elsaß-Lothringen" meldet: Auf Requisition des Ober-Reichsanwalts haben hier Haussuchungen stattgefunden, auch bei einem Mitgliede des Komitees für die Wahl Kablé's. Mit der Wahlbewegung hängt dies Einschreiten durchaus nicht zusammen, sondern mit Verbindungen, welche die französische Patriotenliga im Reichslande hat und welche jüngst zur Kenntniß der Reichsanwaltschaft gelangten.

Wien, 14. Februar. Die gestrigen Gerüchte, daß Sektionschef Steinbach das Ministerium der Justiz übernehmen werde, werden heute dementirt.

Meran, 14. Februar. Fürst Lichnowsky, Großprior des souveränen Malteserordens, ist heute Nacht hier gestorben. Fürst Othenio von Lichnowsky, am 7. Mai 1826 geboren, war ein Bruder des im Jahre 1848 zu Frankfurt a. M. ermordeten Fürsten Lichnowsky.

Paris, 13. Februar. Die Regierung hat von der griechischen Regierung die Genehmigung erhalten, an der Stelle, wo früher Delphi gestanden, Ausgrabungen vornehmen zu lassen.